

FÜR WEN

Das Angebot der Servicestelle richtet sich insbesondere an Strafverfolgungsbehörden, einschlägige Beratungseinrichtungen, Gewerkschaften, Arbeitsschutzbehörden, Ausländerbehörden, Arbeitsagenturen, Jobcenter, Landesministerien, Arbeitgeberverbände und zivilgesellschaftliche Akteure im gesamten Bundesgebiet.



Servicestelle gegen Arbeitsausbeutung,
Zwangsarbeit und Menschenhandel

ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS Berlin-Brandenburg
Kapweg 4 · 13405 Berlin · Tel: 030-5130 192 75
info@servicestelle-gegen-zwangsarbeit.de
www.servicestelle-gegen-zwangsarbeit.de

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

**SERVICE
STELLE** / **gegen**
Arbeitsausbeutung
Zwangsarbeit &
Menschenhandel



WORUM ES GEHT

Erhebungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu Folge sind 880.000 Menschen in der EU von Zwangsarbeit betroffen. Davon schätzungsweise 610.000 Personen (70%) zum Zweck der Arbeitsausbeutung und 270.000 Personen (30%) zum Zweck der sexuellen Ausbeutung. Auch in Deutschland besteht dringender Handlungsbedarf, insbesondere bei der Identifikation und Unterstützung der Betroffenen, einer effektiven Strafverfolgung sowie einem einheitlichen Verständnis der Begrifflichkeiten Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel. Dem trägt auch die seit Oktober 2016 in Kraft getretene Neufassung der strafrechtlichen Vorschriften zum Menschenhandel Rechnung. Folgende Tatbestände sind zu nennen:

- § 232 StGB Menschenhandel
- § 232a StGB Zwangsprostitution
- § 232b StGB Zwangsarbeit
- § 233 StGB Ausbeutung der Arbeitskraft
- § 233a StGB Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung

WER WIR SIND

Die Einrichtung der Servicestelle gegen Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel beruht auf Anregungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe (B-L-AG) gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Träger der Servicestelle ist ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS Berlin-Brandenburg.

WAS WIR TUN

Zentrales Anliegen der Servicestelle ist die Vernetzung. Sie trägt dazu bei, Kooperationsstrukturen gegen Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel bundesweit auf- und auszubauen und somit Kompetenzen innerhalb der zuständigen Stellen zu stärken. Sie vermittelt Kenntnisse wie auch ein Bewusstsein für ausbeuterische Arbeits- und Zwangssituationen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene.

Hierfür setzt die Servicestelle Schwerpunkte bei folgenden Aktivitäten:

- Bestandsaufnahme und Dokumentation landesspezifischer Regelungen und Aktivitäten zu den Themen Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel
- Durchführung von Schulungen zu rechtlichen Grundlagen, der Identifizierung von Betroffenen und der Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren
- Aufbereitung von Informationen zu Arbeitsausbeutung, Zwangsarbeit und Menschenhandel in Form eines internetgestützten Informationsportals
- Förderung des internationalen Austausches

Sollten Sie Fragen zur Arbeit der Servicestelle oder Interesse an einer Schulung (in Ihrer Einrichtung oder Behörde) haben, stehen wir Ihnen unter den genannten Kontaktdaten gerne zur Verfügung.

